

Abstimmung in Genf = Votations à Genève = Politics in Geneva

Autor(en): **St.H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **60 (1973)**

Heft 2: **Schulbau**

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-87493>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abstimmung in Genf

Ende letzten Jahres wurde die Stadt Genf durch eine nicht sehr alltägliche Angelegenheit erschüttert: Das Projekt von Jean-Pierre Dom & S.A. zur Realisierung des Henri-Dunant-Gymnasiums stiess auf Widerstand in Form eines Referendums gegen die Verabschiedung eines Gesetzes durch den Genfer Grand Conseil, welches einen Kredit von 43,7 Millionen eröffnete. Der «Bürgerliche Kampfausschuss gegen übertriebene Ausgaben» hatte in der Person von Robert Reubi, Architekt, die 11 301 Unterschriften, welche den Antrag auf ein Referendum stützten, eingebracht. Er kündigte an, «ein neues Projekt werde bald präsentiert werden in einer vereinfachten, jedoch rationalen Konzeption».

Es folgte ein Kleinkrieg, der bald einen übertrieben politischen Charakter annahm. Es wurde von Grössenwahn, Gymnasien «zu Überpreisen», übertriebenem Projekt gesprochen, Einsparung von 16 Millionen, dann 25 Millionen usw.

Das vor der Abstimmung präsentierte Gegenprojekt war einem Experten, Herrn Cosmetatos, Ingenieur, Präsident der Genfer Sektion des SIA, unterbreitet worden, der sich späterhin zusammen mit den Bauunternehmen verpflichtete, das Gymnasium für 17 Millionen zu bauen. Diese Pauschalofferte wurde am Tage der Abstimmung dem Leiter des Bauamtes, François Picot, unterbreitet.

Keine Alternative

Es ist bekannt, dass in der Volksabstimmung das offizielle Projekt abgelehnt wurde. In der Folge wurde das Gegenprojekt ebenfalls fallengelassen. Denn tatsächlich war die dem Volke vorgeschlagene Alternative nicht wirklich eine, da das Gegenprojekt nicht auf demselben Grundstück wie das offizielle Projekt von Jean-Pierre Dom errichtet werden sollte. Ausserdem konnte die Beschreibung der beiden Bauwerke nicht die geringste Ähnlichkeit aufweisen, da das Gegenprojekt noch den gleichzeitigen Bau einer neuen Handelsschule vorsah, die dem Gymnasium beigeordnet werden sollte.

Es wäre also ein Irrtum zu behaupten, das Volk habe zwischen zwei Projekten wählen können. Die ganze Operation hat weiterhin dazu beigetragen, den Architektenberuf in Verruf zu bringen. Wenn nämlich eines der beiden Projekte, das von Jean-Pierre Dom, genau den gestellten Anforderungen entsprach und der Entwicklung der Bedürfnisse auf dem Schulgebiet Rechnung trug, präsentierte das andere im Gegenteil eine grosse «Kaserne» mit einer zu dichten Bodenausnutzung, welche unvereinbar mit den aktuellen Auffassungen ist, und ungenügend freie Räume. Darüber hinaus, wenn auch das Gegenprojekt die geforderte Zahl der Klassen präsentierte, gruppierte es sie in einem «Block», eine Lösung, die in jedem Fall von denjenigen abgelehnt würde, die sich für aktuelle Pädagogik interessieren. Endlich scheint die Zuflucht zu einem siebenstöckigen

Bauwerk mit Fahrstühlen kaum mit dem Funktionieren einer solchen Schule vereinbar zu sein...

Ohne zu übertreiben, könnte man sogar behaupten, dass das offizielle Projekt Architektur war, während das Gegenprojekt nicht über das Niveau eines sehr mittelmässigen Sozialbaus hinauskam. Die Tatsache allein, dass es von einer Lösung herkommt, welche für ein provisorisches Gebäude für die internationalen Organisationen angewendet wurde, beweist, dass es sich um eine hinkende Formel handelte.

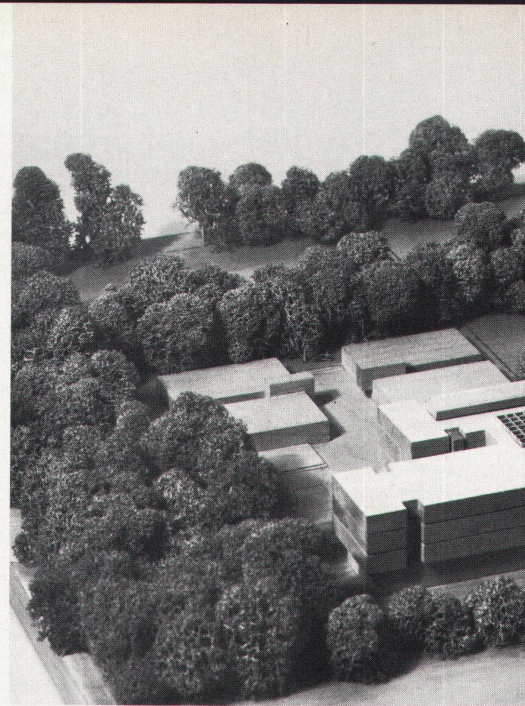
Bessere Informierung der Öffentlichkeit

Aber kommen wir zu den Schlüssen zurück, die man aus dieser Angelegenheit ziehen sollte: Es muss zugegeben werden, dass ein Referendum gegen das offizielle Projekt nur möglich war, weil letzteres nicht von einer genügenden Information für die Öffentlichkeit begleitet war. Die Genfer haben den Zweck gewisser freier, jedoch gedeckter Räume nicht verstanden, welche für eine Zusammenarbeit zwischen den Schülern nach neuen Formeln bestimmt waren. Und wenn die deutliche Kostensteigerung eines solchen Bauwerks übertriebener scheinen konnte, so war das nicht wegen zu grossen Luxus, sondern weil sich die Lehrprogramme dauernd im Hinblick auf die pädagogischen Anforderungen ändern. Und in dieser Hinsicht kann der Kanton Genf, dank der Experimente im Cycle d'Orientation, darauf stolz sein, ein sehr interessantes Experimentierfeld zu sein.

Gewiss, nach den vom Bundesrat getroffenen Antiinflationmassnahmen und der Bremsung der Bautätigkeit könnten manche meinen, der Bau einer 40-Millionen-Schule sei fehl am Platze und der Referendumsausschuss habe ein Resultat erreicht, das mit der aktuellen Wirtschaftspolitik übereinstimme. Man kann sich jedoch fragen, ob es notwendig ist, in einer Wohlstandsperiode die Genfer Lehr-einrichtungen zu bremsen. Allein die Tatsache, dass der Bau des Gymnasiums drei oder vier Jahre Aufschub erhält, wird sicher derartige Verteuerungen zur Folge haben, dass die Vorteile der Operation der Gemeinschaft verlorengehen.

Und darin liegt vielleicht der bedauernswürdigste Aspekt der ganzen Angelegenheit!

Was die Moral anbetrifft, so kann man sagen, dass die Architekten und Ingenieure fortan einen wirklichen Modus vivendi finden müssen, um zu vermeiden, dass ihr Beruf beim Wähler in Verruf gerät, wobei natürlich eine gesunde und wohltuende Konkurrenz nicht unterdrückt werden soll. Ausserdem werden sie gegenüber der Bevölkerung eine vollständige Informationspolitik betreiben müssen, denn die geht es ja letztlich an. Man kann sich schliesslich noch fragen, ob es nicht klüger wäre, wenn die Regierungsstellen ihre Bedürfnisse besser präsentierten, damit solche Alter-



nativen nicht in letzter Instanz von der Öffentlichkeit und dem Wähler – die ja auf dem Gebiete der Pädagogik und der Architektur ziemlich schlecht orientiert sind – entschieden werden müssten. Denn indem man aus diesen grundsätzlichen Fragen Geldaffären macht, verleiht man ihnen einen demagogischen Charakter, den sie nie bekleiden sollten. Und der alleinige Vergleich beider Konzeptionen genügt doch, die Qualität des einen Projektes und die Armseligkeit des anderen zu zeigen.

H. St. ■

Votations à Genève

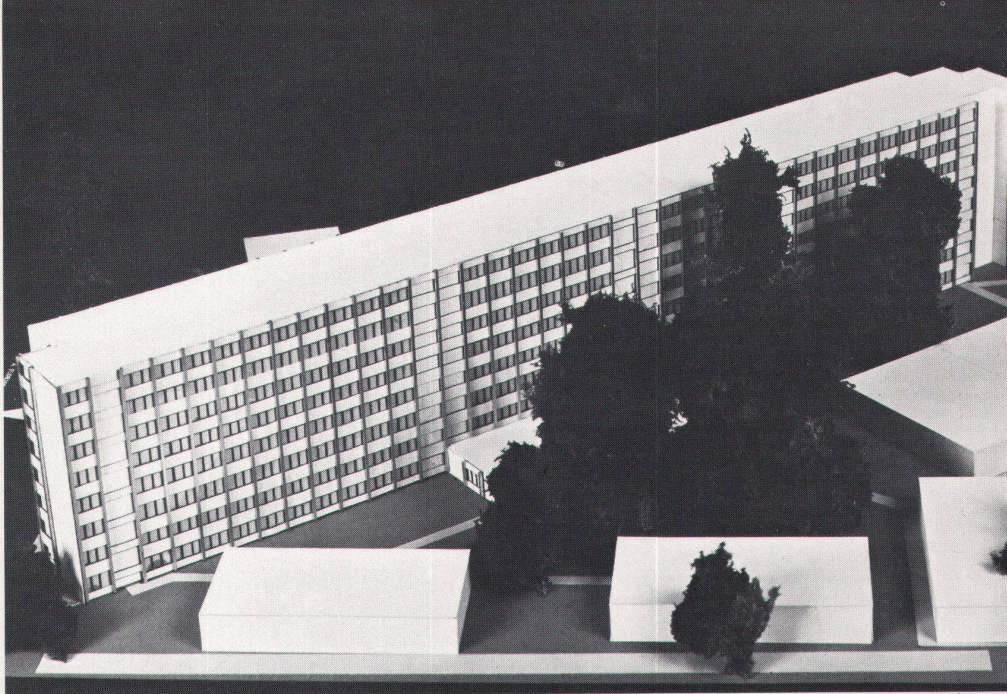
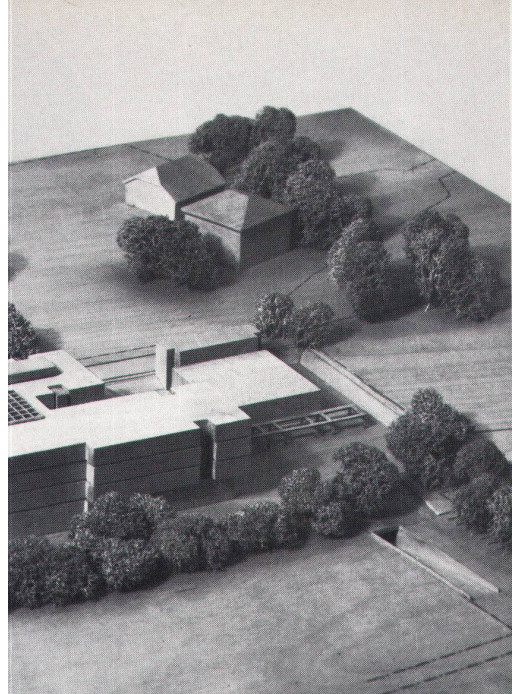
La ville de Genève a été secouée par une affaire peu banale à la fin de l'an passé: face à un projet architectural présenté par M. Jean-Pierre Dom, FAS, pour la réalisation du Collège Henry-Dunant s'est élevée une opposition sous la forme d'un référendum contre le vote par le Grand Conseil de Genève d'une loi ouvrant un crédit de 43,7 millions. Le «Comité d'action civique contre les dépenses exagérées», en la personne de M. Robert Reubi, architecte, a déposé les 11 301 signatures appuyant la demande de référendum, le 4 avril 1972. Il annonçait qu'un «nouveau projet serait présenté rapidement selon une conception simplifiée, mais rationnelle».

Il s'ensuivit une petite guerre qui revêtit bientôt un caractère politisé à outrance. On parla de mégalomanie, de collèges «à n'importe quel prix», de projet «démessuré», d'économies de 16 millions, puis de 25 millions, etc.

Le contre-projet qui fut présenté avant la votation avait été soumis à un expert en la personne de M. Cosmetatos, ingénieur, président de la section genevoise de la SIA, lequel, par la suite, s'engageait, avec des entreprises, à construire le collège pour le prix de 17 millions. Cette offre forfaitaire était remise au moment même du vote, en main de M. François Picot, chef du Département des travaux publics.

Pas d'alternative

On sait que la votation aboutit à un refus du projet officiel par le peuple. Par la suite, le contre-projet fut lui aussi abandonné. En effet, l'alternative qui avait été présentée au peuple n'en était pas réellement une, puisque le contre-projet n'était pas édifié sur le même terrain que celui destiné au projet officiel de M. Dom, et que le descriptif des deux



édifices en présence ne pouvait avoir la moindre similitude, le contre-projet comportant en outre la construction couplée d'une nouvelle Ecole de commerce adjointe au Collège Henry-Dunant.

C'est donc un leurre que de prétendre que le peuple a eu à choisir entre deux projets. Toute l'opération a en outre contribué à discréditer la profession d'architecte, en ce sens que si l'un des projets, celui de M. Dom, répondait précisément au cahier des charges et tenait compte de l'évolution des besoins dans le domaine scolaire, l'autre se présentait au contraire comme une vaste « caserne » avec une occupation du sol incompatible avec les conceptions actuelles et des dégagements insuffisants. Au reste, si le contre-projet comportait le nombre de classes prévu, il les groupait selon une formule « bloc » qui constitue une solution que rejetteraient dans tous les cas ceux qui s'intéressent aux questions pédagogiques actuelles. Enfin, le recours à sept étages, avec ascenseurs, semble peu compatible avec les fonctionnements d'une telle école... On pourrait même affirmer sans exagération que le projet officiel relevait de l'architecture, alors que le contre-projet ne se haussait pas au-dessus du niveau d'une très médiocre formule de HLM. D'ailleurs le simple fait que ce dernier dérive d'une solution adoptée pour un bâtiment provisoire destiné aux institutions internationales prouve que l'on avait affaire à une formule bâtarde...

Meilleure information du public

Mais revenons sur les leçons à tirer de ces péripéties: il faut bien admettre que s'il y a eu place pour un référendum contre le projet officiel, c'est que ce dernier n'avait pas été accompagné d'une information suffisante destinée au public. Les Genevois n'ont pas compris le rôle de certains espaces libres, mais couverts, destinés à une collaboration entre écoliers, selon des formules neuves. Et si la hausse très marquée du coût d'un tel édifice a pu paraître exagérée, ce n'est pas en raison d'un luxe immodéré, mais parce que le programme se modifie sans cesse en fonction des impératifs pédagogiques. Et dans ce domaine, le canton de Genève, avec les expériences du Cycle d'Orientation, peut se targuer d'être un terrain d'expériences d'un grand intérêt.

Certes, au lendemain des mesures prises par le Conseil fédéral contre l'inflation et du coup de frein donné à la construction, d'aucuns pourront penser que la mise en chantier d'une école de plus de 40 millions aurait été inopportune, et pourront estimer que le Comité référendaire a obtenu un résultat qui s'inscrit dans la politique actuelle. On peut cependant se demander s'il est nécessaire de freiner

l'équipement de Genève dans le domaine de l'enseignement en pleine période de prospérité. Le simple fait que la mise en chantier d'un collège soit retardée de deux ou trois ans aboutira certainement à des renchérissements tels que les bénéfices de l'opération seront perdus pour l'ensemble de la communauté... Et c'est là peut-être que réside l'aspect le plus navrant de toute l'affaire.

Quant à la morale à tirer de l'affaire, c'est qu'à l'avenir architectes et ingénieurs devront trouver un véritable *modus vivendi* qui leur permette d'éviter de discréditer leurs professions respectives aux yeux des électeurs, tout en ne renonçant pas à une saine émulation et à une concurrence bienfaisante. Ils devront également s'ouvrir plus largement à une

politique d'information efficace face à la population, qui, en dernier ressort, est légitimement intéressée. Enfin, on pourra se demander jusqu'à quel point la sagesse n'aurait pas été que les institutions gouvernementales sachent mieux présenter leurs besoins, afin que ce ne soit pas au grand public et aux électeurs – somme toute fort mal informés en matière d'enseignement et d'architecture – de trancher de telles alternatives. Car en faisant de ces questions primordiales des affaires de gros sous, on leur donne un caractère démagogique qu'elles ne devraient jamais revêtir. Et la seule comparaison entre les conceptions de l'un et de l'autre projets suffit pour montrer l'intérêt de l'un et l'indigence de l'autre... H.St. ■

Politics in Geneva

The city of Geneva was shaken by a fairly serious political affair last year. There was organized political opposition, assuming the form of a popular referendum, against an architectural project presented by Jean-Pierre Dom, FAS, for the Collège Henry-Dunant, which had been awarded by the government a credit of Fr. 43 700 000.—. A "Citizens' Committee against Excessive Expenditures", headed by Robert Reubi, architect, submitted 11 301 signatures in favour of a referendum. He announced a "new plan to be presented soon embodying a simplified but rational concept".

There followed a highly political struggle, with talk of megalomania in college construction and of the need for drastic economies.

The counter-plan, presented prior to the vote, was submitted for an expert opinion to Mr. Cosmetatos, President of the Geneva section of the SIA, who along with the firms undertook to build the college at a cost of Fr. 17 000 000.—.

A false alternative

The referendum resulted in rejection of the official project, and subsequently the counter-project was likewise abandoned. In fact, the alternative presented to the people was not really one, since there was not involved the same site as in the official project by Mr. Dom and the two buildings were not similar.

The people were simply misled into thinking they really had a choice. And the whole operation contributed to discrediting the architectural profession. The official project, by Mr. Dom, was exactly in keeping with specifications and in accord with developments in the educational building sector, while the other plan envisaged a vast "barracks"

with ground utilization incompatible with present-day concepts. Moreover, the counter-project grouped the correct number of classrooms according to the "block" formula, which would be rejected by all who are concerned with modern educational methods.

The official project was an architectural concept, whereas the counter-project was merely a mediocre building procedure, derived in any case from a plan for a provisional construction intended for international organizations.

Improved orientation of the public

In any case, the public was not adequately informed prior to the referendum. The people were not informed of the function of sites and the latest formulas relating thereto. The high cost does not stem from exaggerated luxury, but from the need to adapt to changing pedagogical requirements.

It would seem, of course, that the rejection of the official project was in keeping with the new anti-inflationary measures taken by the Federal Council. But the project will no doubt only be postponed, with even higher costs later on. The community as a whole is the loser.

As for the moral to be drawn from this affair, it is this: in future, architects and engineers ought to arrive at a real *modus vivendi* which prevents them from discrediting each other's professions in the eyes of the voters. And they ought to go over to a policy of more thoroughly informing the public, which, in the last analysis, has a legitimate interest in knowing what is going on. And finally, it is really up to the governmental agencies to define their requirements exactly so that these projects do not degenerate into purely demagogic issues. H.St. ■